

Biographie des „Kapital“

Francis Wheen über Karl Marx Das Kapital. Aus dem Englischen von Kurt Neff. Deutscher Taschenbuch Verlag München 2008 = dtv 34458 (Reihe „Bücher, die die Welt veränderten“), 126 Seiten, Preis: € 9,90.

Die englische Originalausgabe des Büchleins trägt den Titel „Marx's Das Kapital. A Biography“. Wer Wheens Marx-Biographie kennt, weiß, daß er keine wissenschaftlichen Bücher schreibt, sondern gehobenes Feuilleton, auch solches längerer Art, angenehm zu lesen und ohne wissenschaftlichen Anspruch. Allerdings würde die Biographie eines Menschen, die lediglich Schwangerschaft, Geburt und Nachleben darstellt, zu Recht als „etwas“ unvollständig angesehen werden, weil die Hauptsache fehlt – das Leben selbst. Nichts anderes aber tut Wheen in den drei Kapiteln seiner Biographie des Kapitals (wobei in der deutschen Ausgabe gestation mit Reifezeit übersetzt worden ist, was etwas merkwürdig, weil so die Reifezeit der Geburt vorangeht – Erschaffung oder Schöpfung wäre vielleicht treffender gewesen). Der deutsche Titel ist, mit der richtigen Betonung gelesen, schon zutreffend: Wheen schreibt über das Kapital, über alle ihm innewohnenden Schwierigkeiten hinweg. Das Leben, auch das Lebendige des Kapitals, ist also nicht dargestellt.

Thomas Kuczynski

Richard Müller – Obmann der Revolution

Ralf Hoffrogge, Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Karl Dietz Verlag, Berlin 2008, 233 S., 19,90 Euro

Wäre Richard Müller (1880-1943) der KPD linientreu verbunden geblieben oder würde er sich als Märtyrer des kommunistischen Dissidententums behandeln lassen, so hätte er zu Zeiten des kalten, ideologischen Krieges im ersten Fall einen bedeutenden Platz in der östlichen, im zweiten Fall in der westlichen Historiographie gefunden. Richard Müller aber war weder das eine noch das andere. So verblasste sein Name. Einer der wichtigsten Akteure der deutschen Revolution 1918/1919 fand noch bei Experten Erwähnung, im Übrigen war er nur ein kaum Bekannter unter vielen Namensvettern, „zwischen den Mühlsteinen von Sozialdemokratie und Marxismus-Leninismus zermahlen“, wie es in der Einleitung heißt (9).

Ralf Hoffrogge erwarb sich das Verdienst, diesen Mann aus dem Dunkeln geholt zu haben. Das Zusammenführen bereits tradierter Fakten und Texte mit Ergebnissen mühevoller Detailsuche in Archiven und Behörden erlaubte dem jungen Historiker, mit seinem Bucherstling eine Biografie Richard Müllers vorzulegen; eine politische Biografie, wie er zurecht einschränkt, denn aus Müllers Privatleben war nur wenig zu ermitteln. Die ungleiche Dichte des Materials dürfte wohl auch die Ursache dafür sein, dass die Darstellung methodisch zwischen einer Biografie und einer Geschichte der Arbeiterbewegung unter besonderer Berücksichtigung Richard Müllers schwankt. In jedem Falle aber ist das Buch ein wichtiger Beitrag zur Gewerkschaftsgeschichte, zur Geschichte der „Revolutionären Obleute“ und der deutschen Rätebewegung sowie zur Geschichte der Arbeiterparteien im Um-

feld der deutschen Revolution 1918/1919.

Das auffindbare Material ergab zehn Seiten Text über die bislang unbekanntere Herkunft und Jugend Richard Müllers sowie über seine Anfänge im Deutschen Metallarbeiterverband (DMV). Erst seit 1911 trat der Betriebsgewerkschaftsfunktionär in der Dreherbranche und Leiter der Agitationskommission des Berliner DMV überregional hervor. Er erwies sich als „typischer Gewerkschafter“ seiner Zeit, bei dem „gewerkschaftliche Tagespraxis und sozialistische Fernziele im Bewusstsein... recht unverbunden nebeneinander existierten“ (21).

Am Beginn des Ersten Weltkrieges gehörte Richard Müller als Branchenleiter der Berliner Dreher im DMV zur gewerkschaftlichen Minderheit, die den offiziellen Burgfriedenskurs der Sozialdemokratie ablehnte. Er entwickelte sich vom Organisator betrieblicher Lohnstreiks zu einem der Köpfe des selbständigen und weitgehend konspirativen Netzwerkes „Revolutionäre Obleute“ im DMV, die zwar der linken USPD politisch nahe standen, aber parteiunabhängig die eigentlichen Organisatoren der großen Berliner Streiks im Juni 1916, im April 1917 und im Januar 1918 waren. Gleiches gilt für die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes in Berlin in der Novemberrevolution 1918.

Im Spannungsfeld zwischen „Revolutionären Obleuten“ und „Spartakus“ und im entschiedenen Widerstreit gegen die auf bloße parlamentarisch-demokratische Umgestaltung des Bestehenden abzielende Mehrheitssozialdemokratie wurde Richard

Müller zum Vorsitzenden des Vollzugsrates der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, bis zum ersten Reichsrätekongress das zentrale Räteorgan der deutschen Revolution. Dieses Amt übte er mit revolutionärem Wollen, aber mangelnden politischen Erfahrungen bis zur endgültigen Liquidierung der revolutionären Rätestrukturen im Spätherbst 1919 aus, stets um einheitliches Handeln aller Fraktionen der Arbeiterbewegung bemüht, die Idee der basisdemokratischen Rätebewegung im Parteienstreit entwickelnd und verteidigend. In der Analyse der Räteidee findet allerdings Müllers Broschüre „Was die Arbeiterräte wollen und sollen“ (Referat in der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte am 26. März 1919) keine Berücksichtigung. Ähnlich ergeht es leider auch Müllers Vorschlägen für einen 3. Reichsrätekongress im Juni 1919, der zum Friedensvertrag Stellung nehmen sollte. Hoffrogge sieht Müllers Streben nach einem dritten Kongress erst für 1920 (135) und blendet so Müllers internationalistische Vorstellungen von einem dauerhaften Frieden aus.

Zum Sprecher des linken Flügels im DMV gereift, ging Richard Müller Ende 1920 mit der Mehrheit der USPD in die Vereinigte KPD. Der erfahrene Gewerkschaftsfunktionär, der die verbliebenen Kräfte der Revolutionsräte in der Berliner Betriebsrätezentrale zusammengefasst hatte, übernahm die Leitung der Betriebsrätezentrale der KPD. Als unbedingter Anhänger einer Einheitsfrontpolitik der KPD kollidierte er 1921 mit der neuen Offensivstrategie der Partei. Er opponierte offen, wurde ausgeschlossen und blieb ab 1922 parteilos.

Zwischen 1923 und 1925 publizierte Richard Müller seine quellengestützte Trilogie zur Geschichte der deutschen Revolution. Ausführlich widmet sich Hoffrogge diesem Werk mit dem begrüßenswerten Versuch, ihm in der Historiographie über die deutsche Revolution wieder den ihm gebührenden Platz als Text mit geschichtswissenschaftlichem und geschichtspolitischem Anspruch zu verschaffen. Die Wirkungsgeschichte des Historikers Richard Müller wird in einem speziellen Exkurs erörtert (183-197).

Die Quellen für die letzten 18 Lebensjahre Müllers fließen wieder äußerst spärlich. Müller wurde Verleger, dann Bauunternehmer, der – offenbar nicht immer mit lauterer Mitteln – zu einem beträchtlichen Vermögen kam. 1928/1929 engagierte er sich nochmals, nun im Deutschen Industrie-Verband (DIV), gewerkschaftspolitisch, marxistisch orientiert, mit grundsätzlicher Kritik an der Politik der KPD und der UdSSR.

Nach dem Scheitern der „Revolutionären Obleute“, der Rätebewegung 1918/1919, der Einheitsfrontpolitik in der Betriebsrätezentrale der KPD und dem letzten Versuch im DIV – jeweils auch persönliche politische Niederlagen Richard Müllers – war sein politischer Wille, über linke, basisdemokratisch orientierte Gewerkschaftspolitik die Emanzipation seiner Klasse zu fördern, gebrochen. Der Privatier Richard Müller lebte zurückgezogen. Die Nazis setzten seine Schriften auf den Index, hielten ihn selbst aber nicht für regimegefährdend.

Zu Recht sieht Ralf Hoffrogge in

der resignierenden Selbstaufgabe Müllers keinen Hinderungsgrund, sein politisches Leben und Wirken positiv-kritisch zu würdigen und die in seiner Biografie verborgenen Denkanstöße für heutiges linkes Engagement zur Diskussion zu stellen.

Ungenauigkeiten in der Angabe von Ereignisdaten (z.B. zum Erscheinen der Zeitschrift „Arbeiterrat“, S. 108/109, zur Veröffentlichung des Entwurfs des Betriebsrätegesetzes, S. 132, oder zur Demonstration gegen das Gesetz, S. 123), unscharfer Umgang mit Statusbegriffen (z.B. die Bezeichnung Noskes als Reichswehrminister bereits im Januar 1919, S. 104, oder die irrtümliche Annahme, der Rat der Volksbeauftragten habe sich als Regierung einer „Sozialistischen Republik Deutschland“ bezeichnet, – der Begriff tauchte bis zu dessen Ende nur im Namen des Zentralrates auf –, S. 104) und wenige unverständliche Passagen wie jene, in der das Urteil Richard Müllers über die Revolutionsergebnisse zu einem aus dem Zusammenhang gelösten Satz Hermann Müllers in Beziehung gesetzt wird (123), können das Verdienst Ralf Hoffrogges nicht schmälern. Seine Leserinnen und Leser werden sich freuen, dass junge Historiker wie er das Erbe marxistischer Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung aufgreifen, indem sie es kritisch beleuchten, bisher unzureichend Erörtertes erforschen und zum Diskurs auffordern. Ralf Hoffrogges Buch regt dabei neue Sichten an, weil es einen Mann porträtiert, der in kein Schema eines Revolutionärs passt.

Gerhard Engel

Wolfgang Abendroth und die DDR

Uli Schöler, Die DDR und Wolfgang Abendroth – Wolfgang Abendroth und die DDR. Kritik einer Kampagne, Offizin-Verlag, Hannover 2008, 124 S., 12,80 Euro

Anlass dieser Broschüre ist eine Kampagne gegen Wolfgang Abendroth, die am 7. April 1998 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland“ begonnen hatte. Dort behauptete Wolfgang Kraushaar, Abendroth habe beim Versuch der Gründung einer sozialistischen Partei in der Bundesrepublik mit der Westabteilung der SED zusammengearbeitet. Er wiederholte dies 2000 in einem Buch mit dem Titel „1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur“. Am 20. Mai 1998 schrieb Jochen Staadt in der F.A.Z.: „Spätestens seit Herbst 1967 agierte Wolfgang Abendroth innerhalb der westdeutschen Linken auf der Grundlage konkreter Absprachen mit dem SED-Politbüro.“ Er wurde mehrmals aufgefordert, diese Aussage zu belegen, konnte dies aber nicht.

Erstaunlicherweise in einer Habilitationsschrift mit dem Titel „Im Schatten des Dritten Reiches. Mittelalterforschung in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1970“ führte die Giessener Historikerin Anne Christine Nagel 2005 aus: „Gleichzeitig spielte Marburg, genauer das politikwissenschaftliche Seminar um Wolfgang Abendroth, eine wichtige Rolle in SDS und APO. Was von seinen politischen Gegnern immer wieder vermutet wurde, zeitgenössisch aber nicht bewiesen werden konnte, daß der Politikprofessor und seine Mitarbeiter in enger Verbindung zum

Staatssicherheitsdienst der DDR standen, läßt sich neuerdings anhand der Unterlagen der Gauck-Behörde detailliert nachweisen, wie Kraushaar, Mythos, S. 149 f., aufzeigt.“ Auch Frau Nagel wurde aufgefordert, Belege für ihre Behauptung vorzulegen. Als sie dies nicht konnte, musste 2006 in der Zeitschrift „Sozialgeschichte“ mitgeteilt werden, dass sie bewusst eine Unwahrheit verbreitet hatte. Hierauf antwortete sie in der F.A.Z. vom 25. Januar 2007. Sie nahm ihre Behauptung über eine angebliche „Verbindung zum Staatssicherheitsdienst der DDR“ zurück und erklärte ihn durch einen „Provenienzfehler“, der ihr unterlaufen sei. Um doch eine Nähe Abendroths zur SED behaupten zu können, präsentierte sie nun ein Kondolenzschreiben, das dieser am 2. August 1973 an das Politbüromitglied Albert Norden gerichtet hatte. Im „Deutschland Archiv“ ging sie seinem Verhältnis zur SED noch einmal nach, konnte aber auch jetzt keinen Fund präsentieren, der ihre ältere unwahre Behauptung hätte stützen können.

Uli Schöler, Mitherausgeber der Abendroth-Werkausgabe, hat es nun unternommen, die Gesamtheit der Beziehungen Wolfgang Abendroths zur DDR (und umgekehrt) umfassend zu untersuchen. Einleitend kritisiert er noch einmal die Irreführungen von Kraushaar, Nagel und Staadt. Dann wendet er sich in einem ersten Kapitel dem Thema „Die DDR und Wolfgang Abendroth“ zu. Er kann belegen, dass die offiziellen Instanzen der Deutschen Demokratischen Republik diesen meist mit Misstrauen und oft mit merkwürdiger Unkenntnis, ja feindselig beobachtet und kommentiert ha-

ben. Spätere eher positive Bemerkungen haben einen deutlich instrumentellen Charakter.

In einem zweiten Kapitel untersucht der Verfasser, wie Wolfgang Abendroth selbst zur SBZ und zur DDR stand. Er zeichnet einen bemerkenswerten Wandel nach. In den 1950er Jahren bediente sich Abendroth, wie Schöler belegt, „durchaus eines Vokabulars, das[s] er selbst in späteren Jahren als durch den kalten Krieg geprägt scharf kritisiert hätte, etwa wenn er von der ‚sowjetzonalen sogenannten DDR‘ spricht“. Seine Diktion sei in Anlehnung an Richard Löwenthal von der Totalitarismustheorie beeinflusst gewesen. In den 1960er Jahren habe er seine Ansicht aber geändert und insbesondere immer wieder darauf bestanden, dass die UdSSR und die DDR trotz aller Mängel sozialistische Staaten seien.

Ein drittes Kapitel behandelt Abendroths Urteile über Walter Ulbricht. Sie waren lange Zeit sehr scharf, milderten sich dann aber im Kontext seiner Neubewertung der DDR. Die Kondolenzkarte von 1973 stelle aber dann doch eine so neue Qualität dar – Schöler nennt sie „absurd“ und „kaum fassbar“ –, dass für sie eine besondere Interpretation versucht wird. Nachdem Abendroth im April 1973 erstmals Albert Norden zu einem Höflichkeitsbesuch getroffen hatte, ergibt sich für den Autor die folgende, von ihm selbst implizit bejahte rhetorische Frage: „Ist es denkbar, dass er genau daran anknüpfen wollte, dass ihm daran gelegen war, sich diesen neuen, ersten Gesprächspartner in der oberen Etage der SED-Hierarchie gewogen zu halten?“ Und: „Lag es nicht nahe, genau dar-

an anzuknüpfen, sich durch eine – und sei es noch so übersteigerte – Lobeshymne auf Ulbricht bei dessen ‚Adlatus‘ Norden einzuschmeicheln, auf die rührselige Seite in dessen Trauer zu setzen, um sich so für spätere Fälle diesen Gesprächskanal weiter offen zu halten?“ Zwingend ist diese Interpretation nicht. Zwar hielt sich Wolfgang Abendroth (irrtümlich) für einen Taktiker, aber es lag ihm fern, die Gefühle anderer zu missbrauchen. Todesmitteilungen trafen ihn immer wieder tief. Manchmal traten einige Zeit danach seine Aphasien (ein Haftleiden) auf. Walter Ulbricht stand ihm nicht in dieser Weise nahe. Aber er wäre nicht imstande gewesen, die Trauer eines anderen – in diesem Fall: Albert Nordens – als spekulatives Kapital anzulegen. Unverkennbar – und von Schöler auch vermerkt – ist, dass er in jenen späten Jahren seine Bewertung Walter Ulbrichts überdacht und ins Positive revidiert hat. Er hätte eine Tendenz zur Neubewertung vorweggenommen, die seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre da und dort spürbar ist.

Wieso es eine Schmeichelei für das Politbüro gewesen sein soll, wenn Abendroth Ulbricht als einen der „Größten“ des deutschen Volkes (in der Tat eine kuriose Wortwahl) bezeichnet, ist nicht recht ersichtlich: Der 1971 als Erster Sekretär Gestürzte war zwar bis zu seinem Tod noch Vorsitzender des Staatsrates, ansonsten aber seitdem selber fast schon eine Unperson. Die Publikation eines Fotos vom Geburtstagsbesuch der Parteispitze bei ihm – Ulbricht sitzend in Bademantel und mit Pantoffeln – wurde weithin als Demontage verstanden.

Auf der Kondolenzkarte teilt Abendroth mit, sein Freund Heinrich Brandler habe ihm gegenüber ebenfalls Wertschätzung für Ulbricht zum Ausdruck gebracht. Schöler hält dies für einen Trick: Er habe sich vor einer Veröffentlichung seiner Kondolenzkarte durch die DDR schützen wollen. „Indem er nämlich am Schluss der Karte seine Lobpreisung Walter Ulbrichts zugleich seinem alten Vorbild Heinrich Brandler in den Mund legte, machte er sie für die SED-Führung zumindest öffentlich unbrauchbar, war sie für solcherart Gebrauch vergiftet, da Brandler, neben Thalheimer der geistige und politische Kopf der KPO, in der DDR auch in den siebziger Jahren (und bis zu ihrem Ende) weiterhin als Unperson galt.“

Dass Brandler zuletzt positiver von Ulbricht dachte, ist auch anderwärts bezeugt. Den Hamburger SDSlern, mit denen er Kontakt hatte, erzählte er sogar, dieser habe ihn zur Übersiedlung in die DDR eingeladen. Er habe das abgelehnt, weil man nicht bereit gewesen sei, ihn politisch zu rehabilitieren.

Auch hier sind verschiedene Interpretationen möglich. Eine Einladung in die DDR könnte als eine gefährliche Angelegenheit erscheinen. KPD-Funktionäre, die Anfang der 1950er Jahre dorthin einbestellt wurden (Leo Bauer, Kurt Müller, Fritz Sperling), sind verhaftet, misshandelt, zu langen Haftstrafen verurteilt und deportiert worden. Die KPO und ihre Nachfolgeorganisation, die „Gruppe Arbeiterpolitik“, galten als Feindinnen. Nach 1956 ist dies nicht revidiert worden, aber es gab auch keine akute Verfolgung mehr, und eine individuelle Ein-

ladung an Brandler, der nicht länger politisch aktiv sein konnte, wäre nicht abwegig gewesen. Wenn er politische Rehabilitierung verlangte, dann war dies allerdings wohl nicht nur politische Positionsbehauptung, sondern auch Kalkül zur Sicherung vor Verfolgung.

Um die „Vergiftung“ einer Kondolenzkarte durch die Erwähnung Brandlers dürfte es sich nach alledem kaum handeln, sondern um Abendroths altes Thema: um die Einheit der Arbeiter- und der kommunistischen Bewegung, um die nochmalige Erwähnung seines eigenen Weges in der KPO und um ein neues: den Tod, der spätestens jetzt alte, inzwischen relativierte Feindschaft beendete.

Unabhängig von Interpretationsvarianten aber gilt: Die Arbeit von Uli Schöler überzeugt durch die sorgfältige Bearbeitung des umfangreichen, von ihm teilweise erstmals erschlossenen und bearbeiten Quellenmaterials, unter anderem aus dem Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, dem Niedersächsischen Hauptarchiv in Hannover, der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv in Berlin sowie dem Universitätsarchiv Jena. Verdienstvollerweise hat er auch Gespräche mit Zeitzeug(inn)en geführt.

Gegenüber der letzten Schüलगeneration Abendroths und der DKP bemüht sich Uli Schöler um Affektkontrolle, die ihm meistens, wenngleich nicht immer, gelingt. Die Behauptung

zum Beispiel, die DKP habe den gesamten Vorstand des Marburger MSB Spartakus wegen Protests gegen die Ausbürgerung Biermanns ausgeschlossen, trifft nicht zu. Hier stützt der Autor dieser Broschüre sich nicht auf eigene Quellenarbeit, sondern auf eine Dissertation, deren Verfasser seinerseits auf einen mittlerweile nur noch ausgelachten angeblichen Kronzeugen (der es bis in die „Materialien der Enquete-Kommission ‚Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‘“ geschafft hat) hereingefallen ist. Eine Anrempelung auf Seite 84, Fußnote 92, sei Schöler nachgesehen. Es geht hier um Wolfgang Abendroth und nicht um irgendwelche Enkel.

Georg Fülberth

Kontroversen über den Prager Frühling

Angelika Ebbinghaus (Hrsg.), Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr, VSA-Verlag, Hamburg 2008, 257 S., 16,80 Euro

Guntram König (Hrsg.), Wolfgang Wünsche, Günter Heinemann: CSSR-Intervention 68. DDR dabei – NVA marschiert nicht. Zeitzeugenberichte, Helios Verlag, Aachen 2008, 202 S., 19,80 Euro

Das unverminderte Interesse linksorientierter Kräfte an den konkreten Abläufen, Hintergründen, Ursachen und Motivationen der Reformen in sozialistischen Ländern während der 1960er Jahre, an den Gründen ihres Abbruchs bzw. Scheiterns sowie an den negativen Folgewirkungen hängt

wohl – eingedenk der Implosion der sozialistischen Ordnungen in Europa nach 1989 – größtenteils mit der Frage zusammen, welche Erfolgchancen diese Reformen hatten, ob 1968 überhaupt noch eine Chance bestand, den Sozialismus zu erneuern und in der Perspektive seinen Zusammenbruch zu verhindern.

Diese Erwägungen liegen dem ersten der zu rezensierenden Bücher zugrunde. In 16 Beiträgen – Ergebnis einer Tagung im Februar 2008 in Bremen – und ergänzt durch fünf Dokumentenauszüge werden die Entwicklungen nacheinander in der CSSR, in Polen, in Ungarn, in Jugoslawien, in Rumänien und in der DDR, vorwiegend unter dem Aspekt der durchweg positiv bewerteten Protestbewegungen und Reformbestrebungen jener Zeit, dargestellt. Vermittelt werden viele Details, die bislang wenig oder gar nicht bekannt waren und nunmehr das Bild von den sowohl länderübergreifenden wie länderspezifischen Vorgängen komplettieren. „Im Mittelpunkt dieses Buches,“ so Herausgeberin Angelika Ebbinghaus, „steht das Jahr 1968 aus der Perspektive der Gesellschaften Ost-, Mittel- und Südosteuropas. Alle Beiträge beziehen sich auf das Schlüsselereignis dieses Jahres, den ‚Prager Frühling‘ und seine Niederschlagung.“ (10) Damit sind die politische Ausrichtung der Beiträge und zugleich die Grenzen der historischen Einordnung vorgegeben. Erst die beiden Beiträge von Roesler und Bollinger am Schluss des Bandes bieten eine komplexere Sichtweise, deren es in den Beiträgen zu den einzelnen Ländern mangelt. So werden besonders drei wesentliche Aspekte

der Entwicklung im europäischen Sozialismus im Verlaufe der 1960er Jahre und deren dramatischer, mit einem Misserfolg endender Zuspitzung nicht ausreichend deutlich gemacht: zum einen der Widerspruch zwischen der Notwendigkeit, das seit den 30er Jahren unter Stalin etablierte und nach 1945 den anderen Ländern oktroyierte Gesellschaftsmodell grundlegend zu reformieren und zukunftsfähig zu gestalten, und der weitgehend ideologisch-dogmatisch motivierten Blockade der Reformbewegungen, derentwegen bereits die von Chruschtschow mit dem XX. Parteitag der KPdSU eingeleitete Wende im Sande verlief. Roesler deutet zaghaft an, dass nicht nur die Wirtschaft den Anforderungen der Zeit nicht mehr standhielt: „Angesichts dieser ‚ökonomischen Entstalinisierung‘ war es nicht verwunderlich, dass auch im Bereich des geistig-kulturellen Lebens die Lust am Bruch mit dem ideologischen Erbe der 1950er Jahre zunahm.“ (199) Tatsächlich wäre es erforderlich gewesen, die gesamte politische Kultur, die Machtstrukturen und -mechanismen sowie das theoretisch-ideologische Selbstverständnis der regierenden kommunistischen Parteien zu reformieren. Der zweite Aspekt betraf die Erschöpfung der Sozialismuseigenen Entwicklungspotenzen und somit die Notwendigkeit, in der Wirtschaft vorwiegend ökonomische statt politische Steuerungshebel durchzusetzen und die wissenschaftlich-technische Revolution durchgängig in Angriff zu nehmen. Dass davon das weitere Schicksal des realen Sozialismus abhing, hatte wohl keiner der Parteiführer klarer begriffen als Walter Ul-

bricht, dessen Reformprojekt – im Kontext der Frage nach den Chancen der Reformen der 60er Jahre – zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird und das ebenfalls, wenn auch mit Verzögerung, der Gegenreaktion von 1968 zum Opfer fiel. Und der dritte Aspekt betraf die internationale Dimension sozialistischer Entwicklung. Bollinger schreibt: „...es darf nicht übersehen werden, dass alle Prozesse in Ost wie West in eine Systemkonfrontation eingebettet waren, die die Revolten und Reformen ebenso wie ihre Beendigung begünstigte.“ (208) Daraus ergab sich, dass die sozialistischen Ordnungen in den 60er Jahren auf neue Weise zu bewältigenden Herausforderungen der Systemkonkurrenz ausgesetzt wurden, denen sie letztlich nicht gerecht wurden, und dass ein nicht auszuschließender militärischer Ost-West-Konflikt auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges damals nur zu vermeiden war, wenn das internationale Kräftegleichgewicht nicht durch dessen plötzliche Veränderung gefährdet würde.

Vor diesem Hintergrund ist die widersprüchliche, vielfach umstrittene Rolle Ulbrichts in Bezug auf die CSSR 1968 aufzuklären. Ihn einfach als Hardliner, der am entschiedensten für die militärische Intervention eintrat, hinzustellen, wie das undifferenziert suggeriert wird, (so besonders S. 29 ff.) wird seiner Rolle keineswegs gerecht. Er besaß nicht nur früher und entschiedener als andere ein umfassendes Reformprojekt für die DDR, sondern unterstützte auch die tschechoslowakischen Reformen unter Dubcek, die Konzepte Radovan Richtas und Ota Šiks eingeschlossen. De facto bedeutete auch Ulbrichts

Reformprojekt ein Abweichen vom sowjetischen Modell. Andererseits beharrte er jedoch ohne Zweifel unflexibel auf einer Unanfechtbarkeit des weitgehend unter Stalin herausgebildeten Marxismus-Leninismus und unterstellte einer jeglichen „Revision“ der überlieferten ideologischen Dogmen konterrevolutionäre Absichten. Schließlich begriff Ulbricht allerdings nicht zu Unrecht, dass der drohende Verlust der Kontrolle und Steuerung des tschechoslowakischen Reformprozesses seitens der Dubcek-Führung im Sommer 1968 möglicherweise zum Auseinander der CSSR aus dem sozialistischen Lager führen würde, wodurch eben das europäische Kräftegleichgewicht zerstört worden wäre. Indem dadurch die europäische Nachkriegsordnung verändert und der ohnehin labile Frieden unmittelbar gefährdet worden wären, wäre es um die Stabilität, ja um die Existenz der DDR äußerst schlecht bestellt gewesen, was Ulbricht wohl veranlasste, aus DDR-Staatsinteresse die militärische Intervention als alternativlos zu unterstützen. Roesler beschreibt die Position Ulbricht wie folgt: Er „hatte sich intern bereits seit Januar mit einer Fraktion im Politbüro auseinandersetzen, die die Entwicklungen in der Tschechoslowakei als Konterrevolution charakterisierte und Ulbrichts zunächst verständnisvolle Haltung gegenüber der neuen Parteiführung unter Dubcek vehement kritisierte. Den endgültigen Bruch mit dem ‚Prager Frühling‘ hat Ulbricht Anfang August vollzogen und war am 18. August 1968 an den Plänen für ein militärisches Eingreifen der ‚Fünf‘ beteiligt“. (202)

Der von Guntram König herausgegebene Band enthält 22 Autorenbeiträge, die überwiegend von ehemaligen Offizieren der Nationalen Volksarmee der DDR stammen, sowie mehrere Dokumente, die sich vornehmlich mit militärischen Aspekten beschäftigen, was den Kreis der Interessenten an diesem Buch sehr eingrenzen dürfte. Detailliert befassen sich diese Beiträge damit, welche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Intervention seitens der NVA getroffen wurden, welche Truppenteile in Bereitschaft standen, wie deren militärische Struktur und Bewaffnung waren, wo sich die Bereitstellungsräume befanden, wie die Kommandostrukturen organisiert waren, welche Einsatzbefehle es gab bzw. nicht gab usw. Ausgestattet ist dieses Buch mit zahlreichen Original-Photographien militärischen Charakters.

Immerhin werden am Schluss des Bandes Äußerungen von Egon Krenz aus dem Jahre 1998 wiedergegeben, der aus seiner Sicht als letzter Generalsekretärs der SED bestätigt, dass NVA-Truppen an der Intervention nicht beteiligt waren. Er bezeichnet die Intervention selbst als Mittel hegemonialer Machtpolitik, die sozialistischen Prinzipien nicht entsprach. Er zitierte damals interne Äußerungen Breshnews gegenüber Honecker vom Juli 1970, die Licht auf den Druck werfen, dem Ulbricht persönlich ausgesetzt war und der bei der Beurteilung der widersprüchlichen Rolle Ulbrichts noch immer wenig beachtet wird: „Du kannst mir glauben, Erich, die Lage, wie sie sich bei euch entwickelt hat, hat mich tief beunruhigt. Die Dinge sind nun nicht mehr eure eigene Angelegenheit [...]

Damit du klar siehst: Wir halten die UdSSR. Nun bei euch diese Lage. Ich sage dir offen, es wird ihm (gemeint ist Ulbricht — G. K.) nicht gelingen, an uns vorbei zu regieren, unüberlegte Schritte [...] zu unternehmen. Wir haben doch Truppen bei euch. Erich, ich sage dir offen, vergesse das nie. Die DDR kann ohne uns, ohne die Sowjetunion, ihre Macht und Stärke nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR.“ (167) Ergänzt werden kann eine weitere Äußerung Breshnews, mit der er einen Monat später Honecker ermahnte, dass „die DDR eine Struktur haben muß, wie die SU..., sonst bekommen wir Schwierigkeiten“. Die sowjetische Führung war also beunruhigt über die Korrekturen am Gesellschaftssystem in der DDR unter Ulbricht sowie über deren mögliche Auswirkungen auf die Sowjetunion selbst, und sie erwartete deshalb von Honecker ihre Rücknahme.

Bot das Jahr 1968 überhaupt noch eine Chance für grundlegende und zukunftssträchtige Reformen im Sozialismus, wie im Titel des von Ebbinghaus herausgegebenen Buches gefragt wird? Wenn resümierend gesagt wird, das Jahr 1968 habe gezeigt, dass der Kommunismus unfähig war, sich zu reformieren“, (25) so muss man dem letztlich zustimmen. Dennoch bedarf diese Feststellung einer Präzisierung. Zu reformieren war nicht der Kommunismus, sondern ein unter Führung kommunistischer Parteien gestalteter Sozialismus nach sowjetischem Vorbild. Und die Erfolgchancen dieser Reformvorhaben wurden ebenso wenig erst 1968 zunichte gemacht, wie die Reformunfähigkeit nicht erst 1968

zutage trat. Mögliche Chancen wurden lange vorher, in Sonderheit durch die Versäumnisse der sowjetischen Führung nach dem XX. Parteitag 1956, zunichte gemacht. Denn in Anbetracht der Abhängigkeit der betreffenden sozialistischen Länder von der UdSSR und deren ständiger imperativer Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Länder wären erfolgreiche Reformen nur möglich gewesen, wenn die Sowjetunion voran gegangen wäre und ein Beispiel gegeben hätte. Im eigenen Lande hat das die sowjetische Führung unterlassen und in den mit ihr verbundenen Ländern nicht geduldet. So wird auch im Vorwort des zweiten zu rezensierenden Buches konstatiert: „Unter den damaligen Bedingungen des Kalten Krieges hätte er /der Versuch einer kommunistischen Führung, den Staat und die Gesellschaft in der CSSR von den Strukturen des Sozialismusmodells zu befreien, das unter der Führung Stalins in der Sowjetunion geschaffen worden war/ nur dann Erfolg haben können, wenn er in Moskau begonnen worden wäre“. (6) Oberst a. D. Wünsche hält die Frage nach der Erfolgchance des Reformkurses unter eben den Bedingungen des Kalten Krieges hingegen für offen und spekulativ. (8) Das Buch der Militärs enthält auch Auszüge aus den Erinnerungen von Valentin Falin, einem prominenten sowjetischen Diplomaten, der die Perspektive des von Stalin geprägten Sozialismus nach 1968 sowohl für den Fall des Erfolgs wie des Misserfolgs der Reformen generell pessimistisch beurteilt: „Hätte ein Erfolg des Prager Frühlings dem Sozialismus frischen Atem zugeführt? Nie-

mand kann das Ja oder Nein überzeugend beweisen. Bewiesen ist zweifellos etwas anderes: Die Niederlage des Prager Frühlings brachte die Entstalinisierung in der Sowjetunion zum Stillstand, ebenso in der gesamten Gesellschaft, die sich sozialistisch nannte, und verlängerte die Existenz der stalinistischen Ordnung mit der Kluft zwischen Wort und Tat, zwischen Mensch und Macht um zwei Jahrzehnte.“ (67)

Man muss einräumen, dass das Dilemma von 1968 aus linker Sicht nur begriffen werden kann, wenn man aus heutiger Retrospektive die langfristig wirkenden Ursachen des Scheiterns dieser sozialistischen Ordnungen in Betracht zieht. Welche irreparablen Nachwirkungen das Scheitern bzw. der Abbruch der Reformvorhaben Ende der 1960er Jahre hatten, wurde zunächst noch überlagert und somit kaum wahrgenommen, da trotz fortbestehender latenter Krisenhaftigkeit die UdSSR und ihre Verbündeten in den 1970er Jahren noch immer Entwicklungsfortschritte zu erzielen vermochten, es ihnen auch gelang, das militärstrategische Gleichgewicht gegenüber dem NATO-Block zu stabilisieren und dem Westen die völkerrechtliche Anerkennung der europäischen Nachkriegsordnung mit den bestehenden Staatsgrenzen und der deutschen Zweistaatlichkeit abzurufen.

Harald Neubert

Fidel Castros Leben

Fidel Castro, Mein Leben. Fidel Castro mit Ignacio Ramonet, Rotbuch Verlag, Berlin 2008, 780 S., 29,90 Euro

Diese Biografie ist das Ergebnis von einhundert Stunden Interview, die Ignacio Ramonet, der frühere Direktor von „Le monde diplomatique“, Anfang 2003 und Ende 2005 mit Fidel Castro geführt hat. Der auch in Interviewform gedruckte Text wurde von Castro nach seiner Operation gegen Ende 2006 überarbeitet und vervollständigt. Unter anderem mit den Briefen, die er und Chruschtschow während der Raketenkrise 1962 ausgetauscht hatten und die bisher nur einigen wenigen Experten zugänglich waren, sowie mit Dokumenten zum Putsch gegen Hugo Chávez im April 2002.

Ramonets Zielstellung ist, „eine persönliche Interpretation des biografischen und politischen Weges eines Mannes zu erhalten, der bereits Teil der Geschichte ist. ... (Fidel) gehört jenen mythischen Aufständischen an – Nelson Mandela, Ho Chi Minh, Patrice Lumumba, Amilcar Cabral, Che Guevara, Carlos Marighela, Camilo Torres, Mehdi Ben Barka –, die einem Ideal von Gerechtigkeit folgend, sich in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg mit Leidenschaft und Hoffnung in politische Aktionen stürzten, um eine Welt der Ungleichheiten und Diskriminierungen ... zu verändern.“ (26 f., 11) Castros Erinnerungen sind wichtig, weil 50 Jahre nach der Revolution vieles vergessen ist und die aktuellen Probleme mehr interessieren als die der Vergangenheit. Doch die Geschichte in Erinnerung zu rufen ist notwendig, um aktuelle Positionen und Entwicklungen besser zu verstehen. So betont Castro bezüglich der Anfänge der revolutionären Bewegung: „Wir glaubten, dass so etwas wie Souveränität existiert.“

tiert, dass sie ein reales und unveräußerliches Recht ist, nach zwei Unabhängigkeitskriegen, die Kuba 50.000 Menschenleben kosteten.“ (184) Damit wird deutlich, dass die kubanische Revolution, was heute oft vergessen ist, ein nationaler und sozialer Befreiungskampf war, bei dem die „politische Arbeit ... damals bereits einen starken internationalistischen Charakter“ (190) hatte. Was letzteren betrifft bekommt der Leser zahlreiche Informationen sowohl in den Erzählungen über Che und dessen Aktionen im Kongo und in Bolivien als auch in den Berichten über den Einsatz kubanischer Ärzte nach den Naturkatastrophen in Guatemala und Pakistan. Ein eigenes Kapitel ist der Beteiligung Kubas und seiner Freiwilligen an den Unabhängigkeitskämpfen afrikanischer Länder gewidmet. Im Zentrum steht dabei Angola, dem über einen Zeitraum von 15 Jahren mehr als 300.000 Kämpfer und etwa 50.000 zivile Helfer bei der Verteidigung der Unabhängigkeit gegen die Militäraktionen des Rassistenregimes in Pretoria zur Seite standen. Hierbei kam es auch zu Differenzen mit der Sowjetunion. Diese Erfahrung war für Castro nicht neu, denn von Chruschtschow bis zu Gorbatschow existierte „die Angewohnheit anderen Ländern und Parteien die Autorität des eigenen Staates oder Landes oder einer hegemonialen Partei aufzuzwingen“ (395). Der Schluss, den die kubanischen Politiker schon sehr früh zogen, war, auf die eigene Kraft zu vertrauen. Zwar erlitt der Inselstaat „einen vernichtenden Schlag, als von einem auf den anderen Tag die Supermacht zusammenbrach und uns ganz allein

ließ“ (399). Die Schwierigkeiten dieser „Sonderperiode“ genannten Zeit sind auch heute noch nicht überwunden. Aber obwohl zudem die USA 1992 und 1996 die Embargo-Gesetze verschärfen, lag Kuba laut dem „Weltentwicklungsbericht 2006“ der UNO vor z.B. Brasilien und Mexiko im oberen Drittel der 177 untersuchten Staaten und damit unter den Ländern „mit hoher menschlicher Entwicklung“. Dieses erfolgreiche Überleben war möglich, weil Kuba keine Konsumgesellschaft ist. Das beklagen verständlicherweise viele Kubaner. Für Fidel hingegen ist die Konsumgesellschaft „eine der finstersten Erfindungen des entwickelten Kapitalismus“: „Sie ist unheilvoll, denn ich stelle mir 1,3 Milliarden Chinesen vor, mit einer Pro-Kopf-Zahl an Autos wie bei den US-Amerikanern ... Eine solche Wirtschaftsordnung und solche Konsummodelle sind mit den begrenzten und nicht erneuerbaren Ressourcen unseres Planeten und den Gesetzen der Natur und des Lebens nicht vereinbar. Sie widersprechen auch den elementarsten ethischen Prinzipien, der Kultur und den moralischen Werten, die der Mensch selbst erschaffen hat.“ (434 f.)

Überlegungen wie diese machen deutlich, dass es der Linken hierzulande gut angestanden hätte, den theoretischen und politischen Diskussionen in Kuba größere Aufmerksamkeit zu schenken. Stattdessen weckt der Inselstaat seit Jahren bei vielen Linken Argwohn, Kritik und Opposition. Deshalb hat Ramonet den Staatschef auch intensiv zum Problem der Freiheiten (Versammlungs-, Meinungs- und Reisefreiheit) und der Dissidenten befragt sowie zur An-

wendung der Todesstrafe. Castro ist sich der Probleme und der teilweise widersprüchlichen Politik bewusst, meint jedoch, dass die Kritiker „überlegen sollen, wie dieses kleine Land fast ein halbes Jahrhundert den heftigen Angriffen der mächtigsten Macht standhalten konnte. Das kann man nur auf der Basis von Prinzipien, von Ideen und Ethik erreichen. Das ist die einzige Möglichkeit“ (665). Fidel Castro steht ganz in der Tradition der Aufklärung und vertraut auf die Macht des Wortes und der Bildung. Im Kampf gegen die neoliberale Globalisierung und die Ideologie der Konsumgesellschaft setzt Kuba auf etwas, das man „globale Erziehung“ nennen könnte: eine generelle Steigerung des Niveaus der Kenntnisse, der Bildung und der Kultur für alle Bürger, d.h. Wissen als Allgemeingut. Doch wie seine Ausführungen über die Revolution und den Machismo, die Frauen, die Homosexualität und den Rassismus deutlich machen, weiß er, dass der Weg der Aufklärung ein langer, mühsamer und nicht immer erfolgreicher ist.

Die Autobiografie ist in erster Linie ein Dokument und ihre zentrale Schwäche ist der Umfang. Auch bei gedruckten Interviews lassen sich Wiederholungen und Redundanzen naturgemäß kaum vermeiden und das macht die Lektüre manchmal mühsam. Vor allem steht es aber dem erklärten Ziel Ramonets im Wege, die jüngeren Generationen zu informieren über das Leben, den Weg und die Bedeutung Fidel Castros für die Kämpfe des 21. Jahrhunderts.

Karl Unger

„Wenn die Musik aufhört...“

Lucas Zeise, *Ende der Party. Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft*, PapyRossa, Köln 2008, 196 S., 14,90 Euro; Sahra Wagenknecht, *Wahnsinn mit Methode. Finanzcrash und Weltwirtschaft*, Das Neue Berlin, Berlin 2008, 256 S., 14,90 Euro¹

Die aktuelle Entwicklung bestätigt einmal mehr die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus und zugleich seine historische Überkommenheit. Dies enthebt uns aber nicht der Aufgabe, genau zu untersuchen, was diese Krise ausgelöst hat und wer wann welche Entscheidungen traf, die zu diesem fatalen Absturz führten. Erst wenn genügend Klarheit darüber besteht, können auch Erfolg versprechende Auswege diskutiert werden. Mit Sahra Wagenknecht und Lucas Zeise haben fast zeitgleich zwei Autoren Bücher mit Analysen aus marxistischer Sicht über diesen Crash vorgelegt. Lucas Zeise ist Autor der *Financial Times* Deutschland, aber auch der jungen Welt. Sahra Wagenknecht ist als Europaabgeordnete der Partei DIE LINKE Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments und dort mit der neoliberalen Politik der EU direkt konfrontiert.

Beide Bücher vermitteln zunächst einmal Grundlegendes über die Erscheinungen der Krise. Man erfährt, warum immer mehr US-Amerikaner in der größten Hypothekenkrise des Landes ihre Häuser aufgeben muss-

¹ Die Bücher werden zitiert mit LZ für Lucas Zeise und SW für Sahra Wagenknecht

ten, wie sich die Finanzbranche als regelrechte „Verpackungsindustrie“ bei der Weiterreichung fauler Kredite betätigte und wie nicht zuletzt deutsche Banken gierig nach diesen toxischen Papieren griffen. Man lernt, was Carry Trader und Conduit sind und was sich hinter einem Wortungestüm wie Collateralised Debt Obligation verbirgt. Sahra Wagenknecht kommt in ihrem Buch dabei mit einem Glossar zur Hilfe.

Aber es gibt auch gewichtige Unterschiede zwischen den beiden Werken. Verschieden sind etwa die gewählten Zugänge zur Analyse der Krise. Sahra Wagenknecht entwickelt ihre Argumentation strikt entlang den Bewegungen des Finanzkapitals. Im Mittelpunkt stehen die unterschiedlichen Formen der Spekulation, wobei sie mehrfach auf die schneeballartige Ponzi-Spekulation Bezug nimmt, bei denen Zins und Tilgung des eines Kredits immer wieder durch den nächst größeren finanziert werden müssen und am Ende ein Platzen der Blase unvermeidbar ist. Detailliert wird dargestellt, wie sich die gegenwärtige Finanzspekulation, immerhin die verheerendste seit der Großen Depression 1929, entwickeln konnte. In einer „Kleinen Historie des Spekulationswahns“ geht die Autorin auf geschichtliche Parallelen zum gegenwärtigen Finanzcrash ein. Mit den sich in den 1960er Jahren des vergangenen Jahrhunderts entwickelnden Euro-Dollar-Märkten wird die Keimzelle des heutigen globalisierten Finanzmarktes vorgestellt. Diese Kapitel gehören zu den besten des Buches. Auf die immer wieder gestellte Frage, ob mit dem Platzen der

Spekulationsblase nun echtes oder lediglich fiktives Geld verbrannt wird, antwortet Wagenknecht mit einem Ja und Nein. Zwar sei das völlig unangemessene Wachstum der Finanzmärkte auch Ergebnis einer enormen Umverteilung des Vermögens von unten nach oben und damit zu jenen, die spekulieren. Andererseits, und dies ist eine ihrer Kernaussagen, war ein „derart explosives Wachstum des Finanzsektors und der Finanzvermögen nur möglich, weil die heutigen Finanzmärkte die Eigenschaft besitzen, aus eigener Kraft und in nahezu unbegrenztem Umfang Einkommen, Gewinne und Vermögen zu erzeugen, denen keinerlei Käufe und Verkäufe realer Güter zugrunde liegen, sondern genau besehen, reine Luftbuchungen“ (SW, 129).

Wenngleich Wagenknecht die politischen Entscheidungen zur Deregulierung des Finanzmarktes und zum Anheizen des Spekulationswahns durchaus erwähnt, steht die Politik nicht im Zentrum ihrer Darstellung. Ein Grund dafür dürfte die von ihr konstatierte Machtlosigkeit der politischen Instanzen sein. So kommt sie mit Blick auf die Zentralbanker zum Urteil, dass „sie inzwischen viel machtloser (sind) als der Mythos, der sie umgibt, wahrhaben will.“ Wobei sie aber schon davon ausgeht, dass diese für ihre Machtlosigkeit „im Verbund mit der herrschenden Politik“ selbst verantwortlich sind. (SW, 102)

Anders dagegen Lucas Zeise. Er sieht in den Zentralbanken weiterhin wichtige Akteure: „Den Notenbanken und in besonderem Maße der US-Notenbank Fed fällt bei dieser

Krise sowohl die Rolle des Schurken als auch die des potenziellen Retters zu.“ (LZ, 95) Ausführlich behandelt er die halbherzigen und daher wirkungslosen Versuche zur Regulierung der Finanzmärkte, etwa das Abkommen Basel II, in dem neue Eigenkapitalrichtlinien für die Banken festgelegt wurden. Sein Urteil über dieses Abkommen ist eindeutig: „Noch nie wurden so viel Mühe, Gehirnschmalz und Regulierungswille in ein Projekt mit so dürftigem Resultat gesteckt.“ (LZ, 178) Für Zeise liegen die Gründe für den Crash nicht in einer allgemeinen Krise des Weltkapitalismus, sondern in der konkreten Politik und Wirtschaft der Vereinigten Staaten: „Die USA stehen im Zentrum dieser Krise. Anlass und Ursachen sind im Wesentlichen in der immer noch bei weitem größten Volkswirtschaft der Erde zu suchen.“ (LZ, 75) Anders dagegen Wagenknecht: „Der Zustand, in dem sich die US-Wirtschaft heute befindet und der nicht zu unrecht als Ausgangspunkt der gegenwärtigen Finanzkrise angesehen wird, ist daher keineswegs ein spezifisch amerikanisches Problem.“ Der Zustand der US-Wirtschaft ist nach ihrer Auffassung vielmehr „letzte Konsequenz eines Entwicklungspfades, auf dem sich längst auch die meisten europäischen Länder befinden und den spätestens seit Ende der 90er Jahre auch Deutschland eingeschlagen hat.“ (SW, 198)

In den beiden Büchern zeigen sich demnach Differenzen in der Analyse der Krise mit Konsequenzen für die einzuschlagende Strategie. In einem mit „Ausblick“ überschriebenen Schlusskapitel erörtert Wagenknecht verschiedene Szenarien der zukünftigen

Entwicklung. Die Weltwirtschaft wird von ihr dabei als einheitliches Ganzes angesehen. Eines dieser Szenarien handelt von einem progressiven Ausweg. Es wird darin eine Wirtschaftsordnung skizziert, „in der nicht die Maximierung der Kapitalrendite, sondern demokratisch gesetzte Maßstäbe über Investitionen, Arbeitsplätze, Forschung und Wachstum entscheiden (...) als reale Alternative zum Finanzkapitalismus unserer Zeit“. (SW, 245) Lucas Zeise sieht hingegen durchaus Lösungsmöglichkeiten auch innerhalb des bestehenden Systems: „Es ist nicht einmal so, dass das ganze kapitalistische System verändert oder umgestürzt werden muss, um Finanzkrisen zu verhindern. Nichts davon. Die entscheidenden Institutionen gibt es schon, die Banken und Finanzmarktakteure bändigen könnten.“ (LZ, 181) Einig aber sind sich beide Autoren in der Forderung nach der Verstaatlichung der Banken. „Die Verstaatlichung der Banken ist jedoch eine klare und aus der Logik, wie Banken funktionieren, eine folgerichtige Entwicklung.“ (LZ, 171) Benannt sind hier zwei wichtige, offene Fragen im Zusammenhang mit der Analyse und der Suche nach einem Ausweg aus der Krise. Es geht zum einen um die Bedeutung der Besonderheit des US-amerikanischen bzw. angloamerikanischen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, von dem die Krise ausgeht. Und es geht um die Frage, inwieweit es eine demokratische und soziale Lösung noch innerhalb der Systemschranken geben kann.

Leider nehmen beide Werke so gut wie keinen Bezug auf frühere marxistische Debatten über Finanzmarkt

und Krise. So finden weder das grundlegende Werk „Das Finanzkapital“ Rudolf Hilferdings, noch die darauf aufbauenden Arbeiten Lenins Erwähnung. Auch von der jetzt wieder aktuell werdenden Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird kein Gebrauch gemacht. Zitate von Marx werden wohl von Sahra Wagenknecht präsentiert, sie dienen aber, ohne Fundstellenangaben, lediglich als Motto vor den einzelnen Buchkapiteln, ohne Bezug zu den folgenden Texten. Beide Autoren beziehen ihre Antworten auch nicht auf aktuelle marxistische Arbeiten zu Neoliberalismus und Finanzmarkt, etwa auf die von Jörg Huffschmid, Elmar Altvater, Joachim Bischoff, Winfried Wolf oder auf jene des Münchener Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (isw).

Erwähnenswert ist, dass die Bücher von Sahra Wagenknecht und Lucas Zeise in einer Sammelrezension der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 29.12.2008 durchaus anerkennend besprochen wurden. Dass Sahra Wagenknecht zur Krise etwas zu sagen hat, überraschte ganz offensichtlich den FAZ-Rezensenten. Der ihr gewidmete Abschnitt beginnt denn auch mit den Worten: „Unerwartetes bietet Sahra Wagenknecht.“ Ausdrücklich hervorgehoben wird, dass sie „kein politisches, sondern ein ökonomisches Buch geschrieben (hat), Wagenknecht erklärt im Detail Strategien von Hedge-Fonds oder die Bedeutung der früheren Euromärkte in London für die deutsche Geldpolitik, und selbstverständlich kennt sie sich auch in der Geschichte der großen Finanzkrisen aus. Ihr Fachwissen ist durchaus beeindruckend (...)“.

Diesem Urteil und auch dem offensichtlich zustimmenden Zitat der FAZ aus dem Buch von Lucas Zeise, „dass (die Finanzkrise) eine neoliberale, vom Finanzmarkt dominierte Phase der Globalisierung beendet“, kann man nur zustimmen. Ganz offensichtlich hört auch für die Ideologen des Neoliberalismus die Musik allmählich auf zu spielen. Ganz nach den Worten von Chuck Prince, der als Chef der Citygroup in einem Interview am 10. Juli 2008, das beide Autoren in ihren Büchern zitieren, sagte: „Wenn die Musik – im Sinne von Liquidität – aufhört, wird die Lage kompliziert. Aber so lange die Musik noch spielt, muss man aufstehen und tanzen. Wir tanzen noch.“ Inzwischen ist Chuck Prince nicht mehr Präsident dieser Bank und die Citygroup nicht mehr das, was sie einstmalig war. Wie es dazu kam und was noch zu erwarten ist, kann man bei Sahra Wagenknecht und Lucas Zeise nachlesen.

Andreas Wehr

Transnationale Herrschaft

Jens Wissel, Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen. Zur Aktualität von Nicos Poulantzas' Staatstheorie, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2007, 230 S. 34,00 Euro

Jens Wissel geht der Frage nach, ob sich im Zuge der Transnationalisierung der Ökonomie auch transnationale politische Strukturen herausgebildet haben. Unter kritischer Bezugnahme auf die Regimetheorie und anderer Ansätze der Theorien der internationalen Beziehungen – vor allem der Weltsystemtheorie und des Neogramscianismus – diskutiert er

Theoreme und Kategorien der staats-theoretisch angereicherten Regulati-onstheorie sowie der Staatstheorie Poulantzas.

Ausgangspunkt sind drei Hypothe-sen. So sollen sich *erstens* die Klas-senstrukturen nicht bloß internationa-lisiert haben, sondern auch ‚transna-tionale Klassenfraktionen‘ entstan-den sein – mit der Folge, dass „die Bindungen zwischen bestimmten Kapitalen und bestimmten National-staaten prekärer bzw. konstellations-abhängiger geworden [sind].“ (15) Daraus resultiere *zweitens* „eine De-nationalisierung der Nationalstaaten (...), in der eine Reihe von Funkti-onen des Nationalstaates auf sub- sowie supranationale Ebenen verlagert werden.“ (ebd.) Schließlich sei *drit-tens* ein ‚transnationales Feld‘ entstan-den, „das mehr ist als die Summe der Nationalstaaten, die auf internati-onaler Ebene agieren (...). Kurz: Es haben sich politische Vermittlungsinstanzen herausgebildet (WTO, IWF usw.), in denen sich transnationale Kräfteverhältnisse verdichten.“ (ebd.)

Wissels Kernthese ist, dass mittels einer Modifizierung von Poulantzas’ Theorie des bürgerlichen Staates und seiner Ausführungen zum Internatio-nalisierungsprozess diese Transnatio-nalisierungsprozesse erklärt werden können (69). Im Zentrum seiner Analyse steht daher die Frage nach der Herausbildung transnationaler Klassenstrukturen und deren relativ gewachsener Bedeutung im Ver-gleich zur nationalen Ebene. Er bezieht sich dabei auf fünf Fragestel-lungen Poulantzas’ bezüglich inter-nationaler Klassenverhältnisse und versucht, diese für den gegenwärtigen Transnationalisierungsprozess

neu zu formulieren und zu beantwor-ten: a) Welche Beziehungen beste-hen zwischen den herrschenden Ges-ellschaftsformationen?, b) welche Auswirkungen haben die Transfor-mationsprozesse auf die National-staaten?, c) welchen Stellenwert hat der Nationalstaat gegenwärtig in den herrschenden Metropolen?, d) wel-che Beziehungen haben die Staaten zur ‚Transnationalisierung des Kapi-tals‘ oder den ‚transnationalen Kon-zerne‘?, e) tendieren neue Formen überstaatlicher Institutionen dahin, an die Stelle der Nationalstaaten zu treten? Wesentlich für die Beantwor-tung dieser Fragen ist für Wissel Poulantzas Begriff der „inneren Bourgeoisie“ (70). Diesen definiere Poulantzas als eine Bourgeoisie, die zwar eine eigenständige nationale ökonomische Basis habe (im Gegen-satz zur so genannten Kompradore-n-Bourgeoisie), die aber (im Unter-schied zur nationalen Bourgeoisie) in ihrer Orientierung auf die transnati-onale Ebene weniger bis gar nicht an Politik und Ideologie eines National-staats gebunden ist.

Er will nun diese Kategorie auf die internationale Ebene anwenden und spricht daher von einer „transnatio-nalisierten inneren Bourgeoisie“, da es sich um eine Fraktion des Kapitals handele, die zwar immer noch über eine nationale (Reproduktions-)Basis verfügt – und auch im nationalen Rahmen um Hegemonie kämpft –, dass sie sich in größer werdendem Maße aber sowohl ökonomisch wie politisch-ideologisch transnational orientiert: „Die neu entstandene transnationalisierte Klasse bleibt auf nationale Räume bezogen, nicht nur in dem Sinne, dass sie sich in den na-

tional fragmentierten Räumen bewegen muss, oder diese von ‚außen‘ unter Druck setzen und instrumentalisieren würde, sondern in dem Sinne, dass sie selbst Teil der je nationalen Machtblöcke, und zwar nicht nur im ökonomischen, sondern auch im politischen und kulturellen Sinne ist.“ (115) Diese neuartige Klassenfraktion sei aufgrund ihrer Verbindungen zum jeweiligen ausländischen Kapital bzw. aufgrund der Transnationalisierung der Produktion sowie des Kapitals nicht mehr mit einer nationalen oder nationalen inneren Bourgeoisie zu vergleichen, da sie zu diesen in Gegensatz trete (119). Die nationalen Bourgeoisien haben relativ – im Vergleich zu den „inneren Bourgeoisien“ – an Bedeutung verloren. Dagegen habe sich die transnationale innere Bourgeoisie über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg auf eine Weise vernetzt, die es ermögliche, die jeweiligen nationalen „Stützpunkte“ einer nationalen „inneren Bourgeoisie“ erheblich mehr als bisher unter Druck zu setzen. Somit gebe es die Tendenz zur Bildung eines neuen, transnationalen Machtblocks.

Wissel überprüft seine Hypothesen empirisch anhand der Verdichtung transnationaler Kräfteverhältnisse am Beispiel des WTO-Regimes (161ff.). Dieses sei Teil eines transnationalen Netzwerkes, auf dessen Terrain sich ein neuer, transnationaler Machtblock formiert habe (179). Es handele sich dabei um ein flexibles, anpassungsfähiges Netzwerk, dessen Struktur es ermögliche, dass die Dominanz dieses Machtblocks – wie Wissel anhand des WTO-Streitschlichtungsverfahrens, des TRIPS-Abkommens sowie des gescheiterten Multilateralen Investiti-

onsabkommens und der Öffnung gegenüber privaten Institutionen zeigt – , d.h. seine „spezifische Selektivität“ (Poulantzas) erhalten bleibe (183).

Zuletzt stellt der Autor die Frage nach den Möglichkeiten einer Transnationalisierung des Widerstands (197-201). Dabei stellt er zunächst fest, dass in Reaktion auf den Transnationalisierungsprozess sich auch die Widerstandsformen transnationalisieren müssen, wobei es darauf ankomme, alle anderen Ebenen immer mit einzubeziehen. Die Zapatistas in Mexiko dienen ihm als Beispiel. Jedoch sei der Kampf gegen die Bourgeoisie im eigenen Land vorrangig, allerdings ist dieser Kampf nicht mehr nur national zu führen.

Florian Flörshheimern

Berufs(aus)bildung: Arbeit am Begriff der „Solidarität“

Ver.di/IG Metall (Hrg.), Berufs-Bildungs-Perspektiven 2008 – Solidarität und gemeinsame Verantwortung, Berlin und Frankfurt/M., 2008

Die Gewerkschaften ver.di und IG-Metall positionieren sich mit der Herausgabe (April 2008) des Bandes „Berufs-Bildungs-Perspektiven 2008 – Solidarität und gemeinsame Verantwortung“ inhaltlich und konzeptionell zu Zukunftsfragen der beruflichen Bildung.

Der aus 17 Wissenschaftlern bestehende „Beraterkreis der Gewerkschaften“ behandelt vorab Thesen wie die folgenden: „Die Misere der beruflichen Bildung ist Bestandteil der Defizite des deutschen Bildungssystems“ (S. 6); „Für die Klassenabhängigkeit der Bildungschancen lie-

fert die geschlossene Schicht der Bildungseliten in Deutschland ein bededtes Zeugnis“ (S. 14); Sollten zusätzlich die neuen EU-Regelungen, die einen „Europäischen Qualifikationsrahmen“ samt eines „Europäischen Kreditpunktesystems“ (EC-VET) vorsehen, greifen, würde „das deutsche Berufsbildungssystem erheblich unter Druck (ge-)setzt oder gar verdrängt“ (S. 8).

Dagegen setzen die Gewerkschaften auf eine „Resolidarisierung der Gesellschaft“, die sie mit einer soliden „Marktkritik“ (S. 11) verbinden: Auch Bildungskosten würden beispielsweise auf die Beschäftigten, „auf unbeteiligte Dritte oder auf die Allgemeinheit abgewälzt (...), wie dies in der privaten Wirtschaft üblich ist, wenn die Rationalität einer Senkung der Kosten darin besteht, diese möglichst umfangreich auf andere zu verlagern.“ (S. 11)

Durch die auf europäischer Ebene favorisierte „Modularisierung“ der (Berufs-)Ausbildung würde die deutsche Beruflichkeit ausgehebelt. Dabei sei die politische Absicht erkennbar, dass durch die „Zerlegung integrierter Bildungsprozesse in kleine Einheiten, differenzierte Bildungsangebote (...), ein transnationaler Bildungsmarkt mit privaten Akteuren“ entstehen soll (S. 8).

Im bundesdeutschen Berufsbildungssystem („duales System“ mit dem Lernort Betrieb und dem steuerfinanzierten Lernort Berufsschule) kommen zwischenzeitlich hunderttausende junger Menschen nicht mehr zum Zuge: „Eine halbe Million Jugendlicher wird in den Übergangssystemen der Berufsvorbereitung, Be-

rufsbildung, freiwilligen Schuljahre und unbezahlten Praktika aufgefangen.“ (S. 6) Wie in einem Brennglas werden solche Zahlen erfahrbar, wenn man Berufsausbildungsmessen – auch in den prosperierenden Zonen wie dem Rhein-Main-Gebiet – besucht.

Hier kann sich dann die Bundeswehr als wichtiger Ausbildungs-„Betrieb“ profilieren (z.B. auf Messen in Frankfurt und Wiesbaden). Als jüngstens der Linken-Stadtverordnete Lothar Reininger aus Frankfurt am Main mit einem Flugblatt „Ausbildungsplätze statt Kriegseinsätze“ dagegen protestierte, führte das zu einer Festnahme und zu mehrstündigem Aufenthalt auf einem Polizeirevier.

Jedoch würden durch eine „Europäisierung“ des bundesdeutschen Berufsausbildungssystems noch mehr Ausbildungsstellen wegbrechen und die Kosten der Berufsausbildung verstärkt privatisiert. Wie ein roter Faden zieht sich deshalb durch den Band eine diskussionswürdige Arbeit an einem erneuerten Solidaritätsbegriff.

Massiv ist aus diesem Grunde die Kritik an den „systemsprengende(n) Einschnitte(n) in die solidarischen Sicherungssysteme“ der rot-grünen Regierungs-Ära unter Gerhard Schröder (S. 17). Wohin „Wettbewerb in der Bildung“ im deutschen Bildungsföderalismus führt, wird abschreckend en detail aufgeführt (S. 26): Jährlich entlässt das deutsche Schulsystem 75.000 junge Menschen ohne Schulabschluss; es existieren vier Millionen „funktionale Analphabeten“; knapp eine Million Schüler besuchen Privatschulen; Schulerfolg hängt vom „Geldbeutel“ der El-

tern ab; mehr als eine halbe Million junger Menschen werden im „Übergangssystem“ ‚geparkt‘; junge Menschen mit Migrationshintergrund sind schulisch besonders diskriminiert; extrem hohe Zahl von Schul- und Ausbildungsabbrechern; 30 Prozent Studienabbrecher; Erhebung unsozialer Studiengebühren etc.

Die Gewerkschaften treten – trotz Kritik an den Ausbildungszuständen – vehement für das (bundesdeutsche) „Berufsprinzip“ in klarer Abgrenzung zur „Option kleinteilig modularisierter Qualifikationseinheiten nach angelsächsischem Vorbild“ ein (S. 37). Für Deutschland gelte die „Grundorientierung“ auf Erhaltung der „Stärken des deutschen Berufsbildungssystems“ (S. 46). Dies müsse im Kern ein „Deutscher Qualifikationsrahmen“ enthalten, jedoch verbunden mit einem „... Konzept der ‚europäischen Kernberufe‘ mit einheitlichen Berufsbildern ...“ (S. 51) „Die Reduzierung der 346 Ausbildungsberufe zu europäischen Kernberufen ist ein sinnvoller Weg ...“ (S. 54). Gewerkschaftliches Engagement soll verhindern, dass „anerkannte Ausbildungsberufe durch Module und Ausbildungsbausteine“ ersetzt werden (S. 54). Die Gewerkschaften erhoffen sich von einem internationalen Qualitätsvergleich („Berufsbildungs-PISA“) „wichtige Impulse auch für die deutsche Qualitätsdebatte“ (S. 56).

So gehört der hier besprochene Band nicht nur in die Hände von Gewerkschaftsmitgliedern in Berufsbildungs- und Prüfungsausschüssen, sondern gehört auch gut aufgenommen von Linken, die an der Debatte an einem erneuerten „Solidaritätsbegriff“ interessiert sind. Ohne Unterstützung ist

auch die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Bildungsfinanzierung (S. 30 - 35) politisch nicht umsetzbar. Angesichts der Krise im ‚dualen Ausbildungssystem‘ ist der „Fonds aus Umlagen“ (S. 31), der von den „Unternehmen nach tarifvertraglichen Sätzen“ zu erbringen ist, höchst dringlich! Auch seien „... unververtretbare Steuervorteile ...“ im Kontext der „sogenannten Reformen der Unternehmenssteuern ... rückgängig“ zu machen und eine „maßvolle Wiedereinführung von Vermögenssteuern“ anzudenken.

Bezugsadressen: ver.di/Bereich Berufsbildungspolitik, Paula Thiede Ufer 10, 10179 Berlin; IG-Metall/Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik, Wilhelm Leuschner Str. 79, 60329 Frankfurt am Main

Thomas Ewald-Wehner